Editorial

Pünktlich zu Beginn der Krise meldet sie sich zurück: die Kritik. Sicher, von Beginn an gehörten „Kritik und Krise“ (Reinhart Koselleck) siamesischen Zwillingen gleich zum Sturmgepäck der Sozialwissenschaften, wurden sie doch aus dem Geist und der Erfahrung gesellschaftlicher Krise geboren. Seit ihrer klassischen Hochzeit ging es der Soziologie stets um eine konzise Beschreibung, prägnante Erklärung und kritische Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Gute Soziologie musste also immer theoretisch inspiriert, methodisch raffiniert, empirisch sorgfältig, radikal, weil an die Wurzel der Dinge rührend, und kritisch, nicht affirmativ sein. In letzter Zeit indes geriet dieser unauflösliche Konnex zwischen Gesellschaftsanalyse und Kritik so weit in den Hintergrund, dass er fast der Vergessenheit anheim gefallen zu sein schien.

Das hatte mehrere Gründe. „Une science qui dérange“ (Pierre Bourdieu) zu sein, ist unbequem, ja eine regelrecht undankbare Rolle. Auch die Soziologie wollte nicht immer wie Cassandra schlechte Nachrichten übermitteln müssen, auch sie wollte gern einmal positiv sein oder scheinen und auch Soziologen und Soziologinnen sind Gesellschaftsmitglieder, die dazu gehören wollen. Identitäre und institutionelle Marginalität hingegen halten nur politische Revolutionäre und missionarische Propheten aus und auch die werden alt. Für den Rest gilt: dazugehören heißt dabei sein und mitmachen. Je etablierter daher die Soziologie, je mehr auch die Gesellschaft zwar viele kleine Probleme, aber nicht mehr einen Zentralkonflikt zu lösen hat, desto eher kommt es zum Schulterschluss zwischen Soziologie und Gesellschaft. Man rechnet nur noch mit dem

Status quo, der, weil sicher erwartet, um so eifriger studiert und wenn möglich verbessert werden kann. So kommt es fast automatisch zur Vermählung von Normalität und Perfektibilität, utopische und kritische Funktion der Soziologie hingegen werden ebenso zwangsläufig stillgestellt. Cum grano salis entsprach dies der Verfassung der Soziologie in der alten Bundesrepublik. Auch die Zäsur von 1989 trug indirekt dazu bei, diese mehltauhafte Gefühls- und Stimmungslage der Soziologie fortzusetzen. Denn nun wurden die Länder des estatistischen Sozialismus auf den steinigsten Weg zu kapitalistischen Demokratien geschickt unter der uneingestanden Prämissen, dass das westliche Modell die höchste Stufe der Modernisierung darstelle. Kritik oder gar Alternativen schienen in dieser Situation unangebracht, es wurde „Transformation“ studiert. Geflissentlich wurden die Risse und Schwachstellen in diesem Modell, die vorher schon deutlich sichtbar geworden waren, übertüncht. Das konnte um so besser gelingen, als neben der spektakulären politischen Transformation von 1989 sich seit Beginn der 80er Jahre eine ökonomische Transformation, schleichend und daher weniger sichtbar, durchsetzte, die sich nach 1989 rasant beschleunigen sollte. Zielhorizont, der gar nicht so utopisch schien, geschweige denn kritisiert wurde: die neue, eine Welt des globalen informationellen Kapitalismus. Die unwiderstehliche Anziehungskraft seiner Hochglanzfassade: rasantes Wachstum, steigende Prosperität, Vollbeschäftigung und das Ende der Konjunkturzyklen. Fast eine Dekade lang entsprachen die Vereinigten Staaten von Amerika annähernd diesem Idealbild, beneidet vom Rest

der weniger dynamischen und langsameren Welt, die sich umso eifriger das große Vorbild nachzuahmen bemühte. Möglich gemacht durch die beispiellose Kombination von elektronischer Revolution, ökonomischer Rationalisierung und struktureller Reorganisation der Unternehmenswelt (Stichworte: „re-engineering“, „lean production and management“, „controlling“) und der Heraufkunft der „new economy“ als informationeller Dienstleister des verjüngten Kapitalismus, vermochte Amerika als Vorreiter dieser Entwicklung dessen Früchte ungeteilt zu genießen. Seither beginnt sich der ökonomische Horizont einzutrüben und der Innovationsschub durch die neue Ökonomie zu erlahmen. Rezession und eine ungeahnte Wirtschaftskrise – darauf scheinen die Zeichen zu Beginn des 21. Jahrhunderts einstweilen gestellt zu sein.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass auch die kritischen Stimmen in der Soziologie wieder lauter werden. Die außeralltägliche, weil radikale Mission von rückhaltloser Gesellschaftsanalyse und radikaler Kritik gelingt ihr ohnehin nur in außergewöhnlichen Momenten und Situationen – in der Krise schlägt die Stunde der Soziologie. Seit Mitte der 90er Jahre erst vereinzelt und meist minoritär, häufen sich in jüngster Zeit die Versuche, Analyse und Kritik in einer radikalen Diagnose der „neuen“ Gesellschaft zu fassen und ihre sozialen Konsequenzen wie Arbeitslosigkeit, Exklusion und soziale Ungleichheit zu beschreiben. Das vorliegende Heft präsentiert einige solcher Versuche, wie wir sie bereits in der jüngeren Vergangenheit mit Richard Sennetts phänomenologischer Skizze des neuen Kapitalismus vorgestellt hatten und in naher Zukunft auch weiter dokumentieren wollen.

Der umfassendste Versuch, eine Analyse und Kritik des globalen Kapitalismus zu entwickeln, stammt von Manuel Castells und seiner Trilogie zum Informationszeitalter. Castells schildert im ersten Band die Heraufkunft der Netzwerkgesellschaft, indem er die technologische Revolution, die kapitalistische Restrukturierung von Unternehmen und Arbeitsmärkten und die Implikationen der neuen materiellen Kultur, die er die „Kultur der realen Virtualität“ nennt, beschreibt. Im zweiten Band schildert er die Konsequenzen für das Selbst und die sozialen Bewegungen. Mit

„Die Macht der Identität“ unterstreicht er den Widerstand gegen eine globale instrumentell-universalistische Ordnung, welche die ganze Welt, wenn auch in unterschiedlicher Weise, in ihren Bann schlägt. Im dritten Band, „Jahrtausendende“ holt er nochmals weit aus, um den Zusammenbruch der Zweiten Welt des Sozialismus, seine Rückwirkungen auf die Dritte und Vierte Welt, aber auch für die aufsteigenden asiatischen Staaten zu beschreiben. Folglich stehen im Mittelpunkt die Sowjetunion, Afrika, die globale Mafia, das Pazifische Becken und die Europäische Union, aus deren Situation und Entwicklungswahrscheinlichkeiten Castells eine Zeitdiagnose für das beginnende 21. Jahrhundert zu gewinnen hofft. Castells nimmt uns auf eine weite Reise in die Galaxien des Informationszeitalters mit, gut 1200 Seiten in drei Bänden. Einen knappen theoretischen Bezugsrahmen, der um Begriffe wie Netzwerk, Informationismus, Identität und Selbst kreist, verbindet er mit breit gefächerten Situations- und Länderberichten, einer Art Weltsozialkunde. Im vorliegenden Heft stellen wir seinen Bezugsrahmen vor, der die Studie angeleitet hat.

Jochen Steinbickers Überlegungen zeigen die Kontinuität auf, die zwischen Denkern wie Peter Drucker, Daniel Bell und Manuel Castells und damit zwischen Thesen des Postkapitalismus, Postindustrialismus und Informationismus bestehen. Und doch scheinen erst heute die Konturen der Informations- und Wissensgesellschaft deutlich zu werden. Sie sind weder postkapitalistisch noch postindustriell, sondern kapitalistisch und informationalistisch. Nach einer vergleichenden Gegenüberstellung der drei Ansätze sucht Steinbicker die Implikationen dieser Gesellschaftsmodelle für die Entwicklung sozialer Ungleichheit herauszuarbeiten und daraus theoretisch inspirierte empirische Dimensionen zu ihrem Studium zu gewinnen.

Luc Boltanski und Eve Chiapello versuchen, dem neuen „Geist des Kapitalismus“ auf die Spur zu kommen. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist das Phänomen, dass die Kritik am Kapitalismus bis vor kurzem vollkommen verstummt war. Wie wurde das möglich? Statt puritanische und seelsorgerische Texte zu lesen wie Max Weber, um seine Protestantismusthese zu entwickeln, nehmen sich

Boltanski und Chiapello die neuere Managementliteratur vor. Was sie finden, ist überraschend. Zum einen hat der Kapitalismus viel von der Kritik aus den 60er und 70er Jahren inkorporiert; zum anderen hat er eine Organisations- und Lebensweise entworfen, welche die Autoren „*cité par projet*“ nennen. Diese neue Flexibilität, Innovativität und Kreativität hat den Kapitalismus selbst zur dynamischen Reformmaschine werden lassen und damit die Rolle übernommen, die einstmalig Staat und Politik zukam. In seinem informativen Rezensionsteil zeigt Jörg Potthast auf, wie Boltanski und Chiapello den Ansatz, den Boltanski und Thévenot in „*De la justification*“ entwickelt hatten, auf dieses empirische Feld des neuen Kapitalismus und seiner Restrukturierung anwenden. Grundidee dieser „Soziologie der Kritik“ im Gegensatz zu einer „kritischen Soziologie“ (Pierre Bourdieu) ist, jene Rechtfertigungstheoreme und -ideologien im Alltag aufzudecken, die dafür sorgen, dass bestimmte Ideen und Vorstellungen sich praktisch bewähren, habitualisieren und schließlich als anerkannt durchsetzen.

Loïc Wacquant, der schon seit geraumer Zeit mit Pierre Bourdieu zusammenarbeitet, geht in seinem Beitrag den Logiken urbaner Polarisierung nach. Seiner Auffassung nach etabliert sich in den Großstädten des Westens ein neues Regime urbaner Marginalisierung. Überall finden sich die gleichen Muster der Polarisierung des Arbeitsmarktes, des Endes der Vergesellschaftung durch Lohnarbeit, der Beschneidung des Wohlfahrtsstaates und der räumlichen Konzentration und Stigmatisierung der „Überflüssigen“. Dennoch sorgt die Existenz kontinentaleuropäischer Sozialprogramme dafür, dass die Verelendung nicht so rasch voranschreitet wie im angloamerikanischen Bereich. Statt weiterer Kriminalisierung der Armut wie in den USA einerseits, ihrer halbherzigen Administration wie in Europa andererseits schlägt Wacquant eine aktive Sozialpolitik und die Einrichtung eines „Bürgergeldes“ vor.

Wolfgang Teckenberg analysiert die sozialstrukturellen Verhältnisse und die soziale Ungleichheit in den postsozialistischen Transformationsländern. Seine Analyse der Spannungslinien zeigt, dass die sozioökonomische Polarisierung neben dem Bildungs- ein Besitz-

bürgertum hat entstehen lassen, dem die „Schicksalsgemeinschaft“ der Verlierer gegenübersteht. Zudem spiegeln die unterschiedlichen Entwicklungsverläufe der Transformation differente Privatisierungsstrategien wider.

Karin Kurz und Nikolei Steinhage spüren Unsicherheiten beim Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt während der 80er und 90er Jahre im Rahmen globalen Wettbewerbs nach. Zwei Kontextfaktoren sind zentral: die konjunkturelle Lage und der institutionelle Zuschnitt. Je schlechter die ökonomische Situation und je löcheriger der institutionelle Rahmen, desto höher die Rate befristeter Beschäftigung. Niedrig und hochqualifizierte Statusgruppen sind überproportional von Anstellung auf Zeit betroffen, die selbst wieder das Arbeitslosigkeitsrisiko erhöht, was seinerseits nach Bildung, Klassenlage, Region und ethnischer Zugehörigkeit variiert.

Hartmut Häußermann et al. untersuchen Probleme und Prozesse der Eigentumsrestitution in Ostdeutschland und Polen, eine Frage von eminenter Brisanz für intertemporale Gerechtigkeit. Während in Polen die Restitution weitgehend ausgeblieben ist, wurde die Restitution in Ostdeutschland zwischenzeitlich abgeschlossen. Die Autoren zeigen auf, wie dieser gutgemeinte Versuch zur Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit nach vierzig Jahren unweigerlich neue Ungerechtigkeiten mit sich bringt.

Wir möchten an dieser Stelle dem Centre Marc Bloch, Berlin danken, das durch seine großzügige finanzielle Unterstützung die Publikation des Beitrages von Luc Boltanski und Eve Chiapello ermöglicht hat. Abschließend noch zwei Hinweise in eigener Sache: Zum einen gratulieren wir unserem Autor Neil Fligstein herzlich zum Gewinn des Fritz Thyssen Preises im Jahr 2000. Sein Beitrag „Verursacht Globalisierung die Krise des Wohlfahrtsstaates“ (Heft 3/2000) wurde mit dem zweiten Preis ausgezeichnet. Zum anderen ist Steffen Sigmund an das Institut für Soziologie der Universität Heidelberg gewechselt, wird aber in der Redaktion weiter mitwirken. Redaktion und Herausgeber möchten ihm an dieser Stelle herzlich für seine hervorragende Arbeit danken.

Hans-Peter Müller, Frank Ettrich